

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

21.11.1922 (No. 272)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für November 216 M. — Einzelnnummer 10 M. — Anzeigengebühr: 10 M. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Beschädigung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Verpflegungssätze in den Landesbädern.

Die für den Unterhalt der Kranken im Landesbad in Baden und im Landesbad in Dürheim aufzuwendenden Kosten machen eine weitere Erhöhung der Verpflegungssätze notwendig, welche mit dem 21. November 1922 in Kraft tritt und aus der nächster Tage im Ges.- und Verordnungsblatt erscheinenden Preisbezugslichen Bekanntmachung zu ersehen ist.

Die Ausstellung von Gesundheitszeugnissen für Tiere.

Die für die Untersuchung von Tieren und die Ausstellung von Ursprungs- und Gesundheitszeugnissen für Tiere festgesetzten Gebühren werden mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 ab auf den fünf- und zwanzigfachen Betrag, die Gebühre für Fleisch- und Viehbeschaue auf den zwanzigfachen Betrag erhöht.

Filipinos, Amerikaner und Japaner.

In letzter Zeit hat Japan sehr oft den Besuch von Filipinos gehabt, die in den Vereinigten Staaten gewesen sind, um dort für die endliche Gewährung der Unabhängigkeit an die Philippinen Stimmung zu machen und die über Japan nach der Heimat zurückzuführen. Da die Filipinos mit ihren Bemühungen in den Vereinigten Staaten bisher keinen Erfolg gehabt haben, so kann man sich denken, daß sie bei ihrer Rückkehr sich in recht übler Laune befinden und daraus den Japanern gegenüber kein Hehl machen. Wissen Sie doch, daß sie in dieser Beziehung bei den Japanern auf Verständnis und Sympathie treffen.

In der Tat nimmt sich die japanische Presse der Unabhängigkeitswünsche der Filipinos eifrig an, teils aus einem Gefühl des Stammesverwandtschaft, teils aber auch aus sehr egoistischen Gründen. Einer dieser selbstischen Gründe wird sorgfältig verschwiegen, nämlich der Wunsch, unter Umständen selbst die Hand auf die Philippinen zu legen, was sehr viel leichter sein würde, wenn die Vereinigten Staaten nicht mehr die Schutzmacht der Inselgruppe sein würden. Ein anderer egoistischer Grund aber wird von der japanischen Presse offen ausgesprochen. So schreibt die Zeitung „Yorobzu“ in Tokio: „Sobald Amerika beabsichtigt, Japan oder China anzugreifen, muß es Manila zu seiner maritimen Operationsbasis machen. Die Häfen an der pazifischen Küste Amerikas sind zu weit entfernt, um zu diesem Zwecke benutzt zu werden und von Hawaii gilt dasselbe. Wenn daher Amerika wünscht, die Angriffspolitik durchzuführen, die von der amerikanischen republikanischen Partei stets gegen den Osten und die südlichen Meere in Schilde geführt wird, so muß es aus den Philippinen die Basis für diese Politik machen. Das ist der Grund, weshalb es den Amerikanern schwer fällt, die Philippinen frei zu geben.“

Der „Yorobzu“ ist so boshaft, die Amerikaner daran zu erinnern, daß sie, wenn sie Wort halten wollen, verpflichtet wären, jetzt den Philippinen die Unabhängigkeit zu gewähren. In der sogenannten Jones-Akt, wurde vor 6 Jahren zurzeit des demokratischen Regimes in den Vereinigten Staaten — die amerikanischen Demokraten waren, zum mindesten theoretisch, bereit, die Philippinen aufzugeben — den Filipinos zugesagt, daß sie 5 Jahre nach dem Erlasse dieses Gesetzes die Unabhängigkeit erhalten sollten, sofern sie bis dahin den praktischen Beweis geliefert hätten, daß sie fähig wären, ihr Land selbst zu verwalten. Diese 5 Jahre waren eigentlich schon 1921 abgelaufen, da das Gesetz aus dem Jahre 1916 stammt. Nach der Ansicht des japanischen Blattes haben die Filipinos den Beweis der politischen Reife vollkommen erbracht. Die Amerikaner aber hätten den General Wood und den früheren Generalgouverneur der Philippinen, Forbes, nach den Inseln entsandt, um Material zu sammeln, das als Argument dafür vorgebracht werden könnte, daß die Philippinen sich noch nicht genügend entwickelt hätten, um der Unabhängigkeit würdig erklärt werden zu können. Das Blatt spricht unfreundlich von „Vorwänden“ und „Ausreden“ der Amerikaner. Die Vereinigten Staaten wollten eben die Philippinen nicht frei geben und dem habe auch kürzlich der amerikanische Marineattaché Denby offen Ausdruck verliehen, als er auf der Flottenstation von Cavite erklärte, es würde noch eine lange Zeit vergehen, ehe die Philippinen von Amerika fortgegeben werden könnten. Der Ausdruck „eine lange Zeit“ bedeutet nichts anderes, meint „Yorobzu“, als daß die Amerikaner die Philippinen für immer behalten wollten.

Erbittert über diese Möglichkeit reizt das japanische Blatt die Filipinos zur Empörung gegen die amerikanische Herrschaft auf. Die armen Filipinos seien nur von dem „tyrannischen Joch Spaniens“ befreit worden, um zu „Sklassen“ der Amerikaner zu werden. Amerika habe eine „betrügerische Politik“ gegen die Filipinos geführt. Aber das würde sich rächen. Die Filipinos hätten einen unbegreiflichen Geist in sich und das Blut der Männer, die sich in der Revolutionsgeschichte der Philippinen einen Namen gemacht hätten, flöhe in den Adern von 10 Millionen Filipinos. Der Geist Aquinaldos (des bekannten Vorkämpfers gegen die spanische Herrschaft) sei bei den philippinischen Patrioten lebendig. Miguel Quezon, der Präsident des philippinischen Oberhauses, würde in den Spuren des Janders Gandhi und des Jren De Kalera wandeln. Die amerikanische Annahme, die die Filipinos verachte, werde den Amerikanern Unheil bringen.

Ob diese Aufregung der Filipinos gegen die Amerikaner ihre Wirkung haben wird, bleibt abzuwarten. Es gibt unter den Filipinos doch genug verständige Leute, die einmal wissen, daß sie mit Gewalt gegen die Amerikaner nichts ausrichten können und die zweitens sich darüber klar sind, daß die japanische Liebe für sie nicht ganz uneigennützig und nicht ganz ungefährlich ist.

Fachminister u. Parteiminister.

Unter obiger Überschrift ergreift das frühere Mitglied des Reichstages und des preussischen Landtags, Prof. Rich. Eichhoff, im Novemberheft der „Deutschen Revue“ das Wort und führt einleitend aus, daß es heute geradezu absurd wäre, in der deutschen Republik nur Männer an die Spitze der Ministerien zu stellen, die zwar an sich auch noch so tüchtige Sachkenner sein mögen, aber der republikanischen Staatsform innerlich fremd oder gar feindlich gegenüber stehen. Die Fragestellung habe daher nicht zu lauten: Fach- oder Parteiminister, sondern Fach- und Parteiminister.

Die Ausführungen gewinnen gerade in unseren Tagen der Regierungsumbildung an Interesse. Eichhoff meint, es müßte eine Verteidigung über die würdigen Ministerkandidaten den Parteien nicht allzujährer fallen, wenn alle persönlichen Ambitionen ausgeschaltet werden und nur der Gesichtspunkt der fachmännischen Tüchtigkeit berücksichtigt wird; es sei doch nicht zu bezweifeln, daß die großen Parteien in ihren Reihen genug Fachmänner zählen, die an der richtigen Stelle dem Vaterlande ganz vortreffliche Dienste leisten würden. Es solle aber doch nicht dahin kommen, daß, wie ehemals meist die Zugehörigkeit zum Adel oder zu einem feudalen Korps bei der Besetzung von Ministerposten und ähnlichen Ämtern ausschlaggebend gewesen sei, jetzt der um seine Partei verdiente Kandidat durch einen Ministerstuhl belohnt werde. Man gewinne zwar manchmal den Eindruck, als habe bei tiefem oder jenem Minister seine Parteistellung den Ausschlag für seine Berufung gegeben. Trotzdem könne man auch einen früheren Arbeiter- und Gewerkschaftsführer für eine geeignete Persönlichkeit halten, denn diese Männer hätten in den Gewerkschaften eine ganz vortreffliche Schulung erhalten.

Bei politischen Ministerien bedürfte es keines eigentlichen Fachmannes, sondern eines Mannes, der eine lange parlamentarische Schule hinter sich habe und mit klarem und freiem Blick alle an ihn heranommenden politischen Fragen zu beurteilen und zu behandeln verstehe. In diesem Zusammenhang weist Eichhoff auch darauf hin, wie aber das Gerücht von dem „Sattler“ sei, der jetzt an der Spitze der Deutschen Republik stehe. „Aur keine Korruption“, fügt er bei und schließt daran die Anschauung, daß gerade diese Männer, die sich durch eiserne Energie gleichsam aus dem Nichts emporgearbeitet und die höchsten Staatsstellen erlangt haben, die Achtung und Anerkennung der Lebenden wie auch der Nachwelt verdienen. So werde z. B. der Name des großen Skandalbefreiers, Abraham Lincoln, der ein einfacher Schiffer- oder Bauernknecht gewesen, noch durch die Jahrhunderte hallen, wenn derjenige manches Herrschers oder Staatsmannes, der augenblicklich noch in aller Munde ist, längst verklungen sein wird.

Politische Neuigkeiten.

Cuno's dritter Versuch.

Wir meldeten bereits, daß Cuno vom Reichspräsidenten den neuerlichen Auftrag erhalten hatte, ein Geschäftskabinet zu bilden, nachdem die beiden bisherigen Versuche, ein Koalitionskabinet bzw. ein Wirtschaftskabinet zustande zu bringen, gescheitert sind. Der Reichspräsident will auf diesem letzten Wege versuchen, das Votum der Sozialdemokratie für ein Kabinet Cuno zu sichern, um ihm die Basis einer Mehrheit im Reichstag zu schaffen.

Ein solches Geschäftskabinet könnte sich im wesentlichen nur auf die Parteien der Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Demokraten, Volkspartei und Zentrum) stützen, ohne offiziell im Kabinet der Arbeitsgemeinschaft zu sein. Der komplizierte Charakter seiner Zusammensetzung und seine parlamentarische Abhängigkeit von der Sozialdemokratie würden ihm von vornherein den Stempel eines Übergangskabinetts aufdrücken, dem keine Gewähr eines langen Bestandes und tatkräftiger Festigkeit gegeben ist. Die Sozialdemokraten haben in diesem die Opposition ihrer Verbandsführer gegen die Einbeziehung der Volkspartei in die Regierung gebilligt. Die Sozialdemokraten und die Demokraten haben nunmehr zu der Kabinettsbildung Stellung genommen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat gestern nachmittag, nach mehr als dreistündiger Beratung, den Beschluß gefaßt, die bisherige Haltung ihrer Unterhändler in der Frage der Neubildung des Kabinetts zu billigen. Über das Mehrheitsverhältnis, mit dem dieser Beschluß zustande gekommen ist, läßt die Fraktion ausdrücklich nichts verlautbaren.

Auch die demokratische Fraktion des Reichstages hat heute nachmittag eine Fraktionsversammlung abgehalten. Von seiten der Fraktion sind Schwierigkeiten gegen ein bürgerliches Kabinet

der Arbeit nicht zu erwarten, obwohl der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß die Neubildung des Kabinetts in anderer Weise, als es geschehen ist, hätte versucht werden sollen, indem nicht gerade ausgeprägte Volksparteiler hätten in Aussicht genommen werden sollen. Ganz entschieden aber ist die demokratische Fraktion gegen den Gedanken einer Reichstagsauflösung in der gegenwärtigen kritischen Situation.

Die monarchistische Bayerische Volkspartei

Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Veld, hat in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und der übrigen der Bayerischen Volkspartei angehörigen Mitglieder in einer Versammlung der Studentengruppe und der Beamtenvereinerung der Bayerischen Volkspartei in München eine Rede gehalten, in der er erklärte, daß seine Partei grundsätzlich nur die Staatsform als zu Recht bestehend anerkenne, die nach dem göttlichen Sittengesetz ihre Aufgabe auftrage. Gewalttat und Eidbruch ständen im Widerspruch mit dem göttlichen Sittengesetz. Die Revolution sei aber eine Gewalttat und zugleich ein Eidbruch schlimmster Art gewesen. Der schrankenlose Parlamentarismus, der zugleich als Träger der Volkssouveränität aufträte, sei ein Nationalunglück. Sowohl aus Gründen der Zweckmäßigkeit wie unter Berücksichtigung höherer Gesichtspunkte halte seine Partei die Monarchie für Deutschland geeigneter als die Republik (Stürmischer Beifall). Die Westrenten, Deutschland zu einer Einheit im Sinne des Unitarismus zusammenzuschließen, seien eine Verfündigung an der Natur. Der Föderalismus sei die einzig mögliche Grundlage für eine gesunde Entwicklung des Reiches. (Lebhafter Beifall.) Eine Trennung von Staat u. Reich sowie eine Auflösung der Religion von der Erziehung in der Schule sei unvereinbar mit christlichen Anschauungen.

Diese Auffassung, die der Abg. Veld jetzt als die absolut zwingende hinstellt, die begründet auf den religiösen Anschauungen unter Umständen aufgegeben werden dürfe, hat die Bayerische Volkspartei, wie die „Frankf. Ztg.“ dazu bemerkt, nicht gebindert, während der Revolution gegen die Monarchie und für die Republik sich zu entscheiden und der Weimarer Verfassung, die die aus der Revolution hervorgegangene republikanische Staatsform und die Trennung von Staat und Kirche festlegt, ihre Zustimmung zu geben. Die Bayerische Volkspartei scheint ihre „religiöse Überzeugung“, nach der sich ihre Politik zu richten hat, in der Politik doch auszuhalten zu können.

Die bayrischen Faschisten.

Die Trennung der aus Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen bestehenden Mittelpartei in Südbayern ist auf dem Parteitag in Nürnberg zur Tatsache geworden. Die Gruppe um den Obersten von Zylinder, der in München und im Oberrhein eine ziemlich starke Gefolgschaft hat, erklärte sich selbständig. Das bedeutet, daß diese neue Partei, die im Parlament keine Vertretung hat, offenbar auf ein Wirken im Landtag abzielt, sich von nun an mehr auf die Methoden des Faschismus zu stützen gedenkt.

Ein von den Nationalsozialisten Münchens bestellter und von der Eisenbahndirektion angelegter Sonderzug, der sie zu einer Versammlung nach Regensburg bringen sollte, ist im letzten Augenblick nicht abgefahren worden, da die Eisenbahnbetriebsräte erklärten, sie könnten nicht versprechen, daß der Zug sein Ziel erreichen würde. Daraufhin begab sich eine Abordnung der Hitlerleute zum Ministerpräsidenten von Anstling, der sie in Gegenwart des Innenministers Schwegler empfing, ihnen aber erklärte, eine Einflußnahme auf die Reichsbahndirektion sei unmöglich. Nach Mitteilungen von nationalsozialistischer Seite soll die Fahrt nach Regensburg nächsten Samstag dennoch in Szene gesetzt werden. Die Hitlerleute erklären, es seien ihnen bereits genügend Lastautos und Wenzin für die Reise zur Verfügung gestellt worden.

Das sächsische Wahlergebnis

Nach der amtlichen Feststellung des Ergebnisses der sächsischen Landtagswahlen sind insgesamt 2537 589 gültige Stimmen abgegeben worden. Die Stimmen verteilen sich folgendermaßen: Sozialdemokraten 1 060 249, Kommunisten 267 700, Demokraten 214 190, Zentrum 22 632, Deutsche Volkspartei 474 267, Deutschnationale 482 066, Wirtschaftspartei 5137, Deutschsozialen 11 353. Das Mandatsverhältnis verchiebt sich um einen Sitz und sieht folgendermaßen aus: Die Sozialdemokraten erhalten 40, die Kommunisten 10, die Demokraten 8, die Deutschnationalen 19 und die Deutsche Volkspartei 19 Mandate.

Die Verchiebung der Mandate (die Sozialdemokraten erhalten eines weniger als nach der ersten Zählung, die Deutsche Volkspartei eines mehr, obwohl sich jetzt für die Sozialisten mehr und für die Volkspartei weniger Stimmen ergeben haben) ist auf das im sächsischen Wahlgesez vorgesehene System der Reststimmen zurückzuführen. Die parlamentarische Lage hat sich nun mit einem Schlag viel schwieriger und ungünstiger gestaltet, denn eine demokratisch-sozialdemokratische Koalition, die nur noch die genaue Hälfte der Abgeordnetenstimme hinter sich hatte, scheidet jetzt aus dem Bereich der Möglichkeit aus. An die große Koalition aber ist nach den jüngsten Vorgängen im Reich noch weniger als bisher zu denken. Die Kommunisten, deren Presse zu dem Angebot, mit den Sozialdemokraten die Regierung zu bilden, sich ausweichend verhält, oder unter unmöglichen Forderungen spöttisch zustimmt, werden wahrscheinlich erst auf ihrer am 25. November stattfindenden Landesparteiversammlung hierzu Beschluß fassen. Wie die Dinge nun liegen, wird wohl alles beim Alten bleiben

und wieder eine rein sozialdemokratische Regierung gebildet werden. Auf welche Seite sich ein solches, hauptsächlich zwangsläufig entstandenes Minderheitskabinett schließlich grundsätzlich stellen würde, hinge in erster Linie von der staatspolitischen Einsicht der Sozialdemokraten, aber auch der Demokraten und der Volksparteiler ab.

Poincarés „Sieg“ in der Kammer.

Wenn Herr Poincaré sich über die Bedeutung des ihm von der Kammer mit einer Mehrheit von 418 gegen 71 Stimmen bei 85 Enthaltungen ausgesprochenen Vertrauensvotums einen Augenblick im Unklaren befunden haben sollte, dann muß ihm, wie der „Kfz.“ aus Paris gebräutet wird, die Lektüre der Sonntag Morgenblätter aus seinen Illusionen herausgerissen haben. Es gibt in der Tat kaum ein Blatt, das die Vorgänge in der Kammer nicht als kläglich bezeichnet, und in allen Lagern herrscht Übereinstimmung darin, daß die von Herrn Poincaré durch die Stellung der Vertrauensfrage in später Abendstunden erzwungene Vertagung der Interpellationsdebatte auf vier Wochen alles andere ist denn eine Zustimmungserklärung zu dem von ihm entwickelten Reparationsprogramm.

Man hatte sicher nichts Außerordentliches von Herrn Poincaré erwartet. Seine Politik bedarf der Kruden harter Paragraphen und lehnt jede Kombination ab, die sich nicht auf einen Vertrag oder Gesetzestext zu stützen vermag. Aber man hatte gestern doch erwartet, Herr Poincaré würde der scharfen Kritik, die die Unfruchtbarkeit seiner Reparationspolitik in den letzten Wochen selbst in den Reihen seiner Anhänger gefunden hatte, Rechnung tragen mit dem Versuch, einen konstruktiven Plan wenigstens in den Grundrissen aufzuzeigen. Aber auch darin erfuhr die Kammer eine Enttäuschung.

Die ewig gleich überlegene Geringschätzung der aus der Imagination geborenen Vorschläge anderer, das gleiche starre Sichverbeihen auf das Recht und den geschriebenen Buchstaben, die ewigen Weleuerungen seiner Entschlossenheit, abgeköchelt durch juristisch verlaufene Vorbehalte, immer ein Epöse von untadeliger Präzision, aber ohne Tiefe, ohne Überzeugungskraft und auf die Dauer von ermüdender Monotonie — prägnanter liehe sich der Eindruck der Rede Poincarés füglich nicht zusammenfassen als in diesem Urteil eines der Industrie naheliegenderen Blattes. Jeder Versuch, aus den zweifelhafte Ausführungen, die in dem Bericht des „Journal officiel“ endlose Spalten füllen, das Wesentliche herauszuschälen und Poincarés Reparationsprogramm auf eine klare Formel zu bringen, ist vergebens. Denn Herr Poincaré hat kein Programm. Er will die Mobilisierung der deutschen Schuld durch eine internationale Finanzanleihe; die Bedingungen aber, die die internationale Finanzwelt dafür stellt, lehnt er ab. Die englischen Vorschläge, die die Wiederherstellung der Kreditfähigkeit Deutschlands zum ausgesprochenen Ziele haben, nennt er, wie wir bereits gestern kurz gemeldet haben, eine negative Politik; er selbst aber unterläßt nichts und tut alles, um Deutschlands Kredit in der Welt vollends zu untergraben. Er erklärt sich bereit, Deutschland unter gewissen Bedingungen eine Atempause zu gewähren. Aber diese Bedingungen laufen auf nichts anderes hinaus, als Deutschland in der Form der produktiven Pfänder eines Teiles der Hilfsquellen zu berauben, die es braucht, um seine Finanzen und seine Wirtschaft wieder ins Gleich zu bringen. Er spricht von der Brüsseler Konferenz, als sei von ihr alles Heil zu erwarten, und beweist zugleich mit der ewig wiederkehrenden Drohung der hostilen Aktion, daß er selbst nicht an ihren Erfolg glaubt.

Da den Vertretern der deutschen Presse das französische Parlament noch immer verschlossen ist, können wir auch nur unter Berufung auf die Berichte der Pariser Blätter die Tatsache verzeichnen, daß man in den Wandlungen der Kammer sehr ernsthaft mit einer Krise gerechnet hatte, und daß von den Gegnern Poincarés alle Vorbereitungen zum Generalkrieg getroffen waren. Daß es nicht dazu gekommen ist, liegt einmal in der geschickten Regie, mit der das Büro der Kammer die seit Wochen sich hirtschleppende Interpellationsdebatte inszeniert hatte, daß unmittelbar auf Poincaré ein sozialistischer Redner folgte, dessen Ausführungen auf die Monate zurückliegenden Streitigkeiten in Le Havre die außenpolitische Debatte unterbrachen und so der Opposition den Wind aus den Segeln nahmen, und nicht minder in dem taktischen Geschick, mit dem Poincaré sich den von Herrn Doudelet provozierten Tumult zunutze zu machen suchte, um durch den Antrag auf Vertagung der Debatte dem Angriff eines seiner gefährlichsten Gegner, des Herrn Tardieu, auszuweichen.

Gegen Herrn Poincaré haben neben einigen Außenpolitikern nur die Sozialisten und Kommunisten gestimmt, der Stimme enthalten hat sich ein Teil der Radikalen und der kleinen Min-

derheiten aus dem nationalistischen Lager. Aber selbst die Organe derjenigen Fraktionen, die geschlossen für die Regierung gestimmt haben, lassen keinen Zweifel, daß die erwartete Abrechnung nur aufgeschoben, nicht aufgehoben ist. Die Reaktion ist nicht gesunken, Herr Poincaré für die Konzeptionen, die er in der vergangenen Woche der Linken in seiner Rede über die innere Politik gemacht hat, Absolution zu erteilen, ohne formellen Widerruf. Wenn er einen Augenblick vergessen haben sollte, daß er Ministerpräsident von des nationalen Blods Gnaden ist, so wird ihm das mit aller Entschiedenheit ins Gedächtnis zurückgerufen werden.

„Das Land will endlich Klarheit haben“, heißt es heute in der Reichspresse, „ob Herr Poincaré mit dem Blod der Linken oder mit den nationalistischen Elementen das Land zu regieren gedenkt“, und „wenn er sich weigert, Farbe zu bekennen“, droht Herr Dervé in der „Victoire“, „dann könnte in wenigen Wochen seine Lage unheilbar werden.“ Herr Poincaré wurde gestern, als er die Vertagung der Interpellationsdebatte forderte, von irgendeiner Seite zugerufen: „Mussolini!“ und einzelne Blätter glauben ihn gegen den Vorwurf in Schutz nehmen zu müssen, als habe er das Parlament bei Seite schieben wollen. Nein, Beschuldigungen dieser Art sind wirklich unangebracht; denn die Kammer, die Herr Poincaré für die Konferenzen von Lausanne und Brüssel völlig freie Hand gelassen hat, obwohl, wie die Debatte der letzten Wochen gezeigt hat, die Mehrheit keineswegs mit der von ihm eingeschlagenen Politik einverstanden ist, hat sich selbst von der Mitwirkung an der Gestaltung der außenpolitischen Geschichte Frankreichs ausgeschlossen.

Eröffnung der Lausanner Konferenz.

Gestern nachmittags halb 4 Uhr wurde die Orientkonferenz in Lausanne eröffnet. Außerlich vollzog sich dieses Ereignis in bescheidenem Rahmen, in dem man aber dennoch die allgemeine Spannung fühlte. Mit Pflanzen hatte man den etwas aufdringlichen Bühnenvorhang bedeckt und aus dem hübschen Theateraal des Kasino von Mont Benon einen Konferenzsaal gemacht.

Vor der Bühne ein rot gedeckter Tisch, um ihn herum rosa farbene Polsteressel für die Delegationen und auf der Bühne zwei Reihen für Journalisten der verbündeten Staaten. Die anderen Journalisten hatten hinter den Ehrenplätzen. Hinter den Delegationen hatten Vertreter der Kantonalen und der städtischen Behörden, die Professoren der Lausanner und einige hervorragende Bürger der Nachbarländer, darunter nur wenige Damen, Platz genommen. Zwei Schweizer Offiziere unter den Gästen und eine einzige italienische Uniform unter den Delegationen ist alles, was bei dieser Friedenskonferenz äußerlich an den Krieg erinnert.

Bundespräsident Haab eröffnete nach dem feierlichen Eintritt der Delegierten der drei einladenden Mächte und nachdem er selbst unter Vorantritt eines Bundeswäbels in Anstrich seinen Platz eingenommen hatte, die Konferenz mit einer kurzen Rede. Er dankte für die der Schweiz, dem Bundesrat und ihm selber erwiesene Ehre und drückte den Wunsch aus, daß die Konferenz ihr Werk mit Erfolg krönen würde. Möchte die Vorsehung wollen, daß der griechisch-türkische Krieg, der letzte Akt der schauerlichen Tragödie sei, die Europa und einen Teil Afriens verwüstete.

Nach dem Bundespräsidenten Haab sprach als zweiter Redner Vor Curzon. Er dankte der Schweiz für die Gastfreundschaft und ging ängstlich um das Problem der Konferenz selbst herum.

Nach Curzon sprach General Ismed Pascha, der nützlich und ruhig die Forderungen der Türkei anfündigte. Dr. Haab schloß darauf die erste Sitzung und teilte mit, daß die zweite Sitzung Dienstag vormittags 11 Uhr stattfinden wird.

Der Sonderzug von Territet.

Mussolini, Poincaré und Curzon hatten sofort nach der gestrigen Ankunft des Sonderzuges in Territet um halb 8 Uhr in Gegenwart der Volkshüter Barrere und Bomparé, des Sekretärs Ryell vom Foreign office und des Pariser italienischen Volkshüters Avezzano eine einstündige Unterredung im Salon Mussolinis, als dessen Gäste Poincaré und Curzon mit ihrem Gefolge nach Territet gekommen waren. Über diese Unterredung erklärte Mussolini italienischen Pressevertretern, daß hier nicht nur die türkische Frage, sondern alle schwebenden Angelegenheiten, auch die europäischen Fragen, zwischen den drei Ministern kurz besprochen worden seien. Zu der türkischen

Es ist dies keine politische Verbindung, sondern eine sittliche. Hauptmann ist nicht Sozialpolitiker, er ist Sozialkritiker. Neben dem Ethos der Wahrhaftigkeit beherrscht das Ethos des Mitleids die naturalistische Dichtung. Weibes ist bestimmend bei der Neigung des Naturalismus zur Erosmalerei, zur Armeleulidung. Doch, wenn auch Hauptmann etwa in „Vor Sonnenaufgang“ die verheerende Wirkung plöthlichen Reichtums, oder in den „Lebendigen“ die Verelendung schieflischer Hausindustrie zeichnet, er klagt nicht etwa die kapitalistische Weltordnung als verwerflich an. Seine Absicht ist nicht anklagen, sondern beklagen. Er gibt keine sozialistische Tendenzdichtung, sondern soziale Mitleidsdichtung. Die mitleidigen Anklagen eignen ein Pathos, das Hauptmanns innerer, sensibler Natur zuzubereit ist. Seine ganze Auffassung von Tragik stimmt überein mit der jenes pessimistischen Philosophen, mit dem er auch das Mitleid mit dem Menschen teilt. Die Schopenhauer ist er fordert, gründet Hauptmann Tragik wieder auf den Charakter eines furchtbaren Weibes, noch auf die Macht eines unentrinnbaren blinden Schicksals.

Typische Schicksalstragödien sind für Schopenhauer „Sophokles“, „König Oedipus“, Shakespeares „Romeo und Julie“, Voltaire's „Zankred“, Schillers „Braub von Messina“, und hier reißt sich an die Schicksalsdramatik unserer Romantiker. Als Vöfentlichsträger führt Schopenhauer an Sophokles' „Antigone“ mit Kreon, Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ mit Shylock und Schillers „Räuber“ mit Franz Moor. Als vollkommenes Beispiel einer dritten Art von Tragik weiß er nur Goethes „Clavigo“ anzugeben. Anfälle dazu sieht er noch in Nebenhandlungen von Shakespeares „Hamlet“, Corneilles „Cid“, Goethes „Faust“, Schillers „Wallenstein“. Das Wesen dieser letzten tragischen Aufstimmung besteht in dem Verzicht auf den Vöfentlich, sowohl wie auf eine jenseitige Schicksalsmacht in der gleichmäßigen Verteilung von Licht und Schatten auf Spieler wie Gegenspieler, in deren sittlichen Durchschnittscharakteren, die ohne böses Wollen, gerade durch ihre Sozialisierung bestehende Verhältnisse das tragische Unheil herbeiführen, ohne daß man von eigentlicher Schuld des einen oder andern sprechen könnte. Es ist klar, daß einer Kunst, die wie der impressionistische Realismus auf Wahrheit, Allgemeingültigkeit dringt und deshalb zugunsten der Allgültigkeit jede Ausnahmestellung ablehnt, die dritte Art Schopenhauerischer Tragik besonders angemessen sein mußte. Schon Hegel und Schlegel lassen den tragischen Konflikt aus dem Zusammenprall selbstbestimmter sittlicher Mächte entstehen.

Hauptmann, der in einer Zeit gestaltet, wo gemadete Weltanschauung sich für sittlichen Relativismus ent-

frage und der Konferenz in Lausanne im besonderen führte Mussolini aus, daß er faktisch klar sprechen werde. Die Türkei müßte die Abmachungen von Bucharia innehalten und ihren übertriebenen Forderungen für den endgültigen Friedensvertrag müßte man energisch entgegenreten. Diesen Standpunkt werde er in der noch folgenden Unterredung, die speziell den türkischen Angelegenheiten gewidmet sein werde, streng festhalten. Dem Diner, das um halb 10 Uhr zu Ende ging, folgte abermals eine Unterredung zwischen den drei Ministern, die, wie verlautet, gegen 11 Uhr gemeinsam nach Lausanne abreisen wollen.

Kurze polit. Nachrichten.

* Die Zusammensetzung des Reichstags. Infolge der Wahlen in Oberösterreich geht die Zahl der Reichstagsmitglieder von bisher 460 auf 469 zurück. Diese verteilen sich auf die einzelnen Fraktionen wie folgt: Vereinigte Sozialdemokratie 173, Zentrum 68, Deutschnationale Volkspartei 67, Deutsche (liberale) Volkspartei 66, Deutsche demokratische Partei 39, Bayerische Volkspartei 20, Kommunisten 16, Bayerischer Bauernbund 4, Deutsch-böhmische Gruppe 3, Deutsch-hannoversche Landespartei 2, zu keiner Partei gehörig 2 (Labour und Wegmann), gesamt 469.

* Das oberösterreichische Wahlergebnis. Nach amtlicher Feststellung ist das Ergebnis der Wahlen folgendes: Wahlberechtigt waren: 747 939 Personen, abgegeben wurden 600 707 Stimmen. Es erhielten: Die Demokraten 11 912, die Sozialdemokraten 73 266, das Zentrum 199 246, die Deutschnationalen 69 398, die Deutsche Volkspartei 37 259, die Deutsch-Sozialisten 22 291, die Kommunisten 36 624, die Polen 50 183 und die oberösterreichische katholische Volkspartei 23 Stimmen.

* Österreich stellt die Ausgabe von Banknoten ein. Dem „Neuen Wiener Tageblatt“ zufolge wurde zwischen der österreichischen Regierung und dem Delegierten des Völkerbundes vereinbart, daß der Staat von gestern ab seinen finanziellen Bedarf nicht mehr durch Inanspruchnahme der Notenpresse decken wird. Somit hört die Inanspruchnahme der Notenbank durch den Staat auf. Die Ausgabe von Banknoten für Österreich ist eingestellt.

Badische Übersicht.

Kartoffelversorgung in Baden.

In einer in Heidelberg stattgefundenen Versammlung wurde lebhaft über eine unzulängliche Kartoffelversorgung geklagt. Eine vom Ministerium des Innern abgegebene durchgeführte Umfrage bei den Verwaltungen der größeren Städte des Landes hat ergeben, daß überall dort, wo die Städteverwaltungen im Benehmen mit den Verbrauchergenossenschaften mit den Zentralleitungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften den direkten Verkehr aufgenommen hatten, die Anlegung von Kartoffelreserven und die Versorgung der Bevölkerung im allgemeinen als erträglich bezeichnet wird. Ein Eingreifen der Landesregierung erübrigte sich infolgedessen.

Aus Bruchsal war allerdings die betrübende Meldung an das Ministerium des Innern gelangt, daß einige in der Racha barchschaft gelegene Liefergemeinden ihr gegebenes Lieferversprechen nicht hielten, sodas für diese Stadt Kartoffeln aus Württemberg besorgt werden mußten. Die zuständigen Verwaltungsgremien der Stadt Heidelberg haben nicht, wie es vom Ministerium des Innern dringend empfohlen gewesen war, den Verkehr mit den Zentralleitungen der landwirtschaftlichen Organisationen aufgenommen, sondern sich an die örtlichen Organisationen dieser Verbände gewandt. Als nun aber die Zentralleitungen dieser Verbände mit dem Aufbringen der Kartoffeln voringen, mußten die örtlichen Organisationen ihren Verbänden gegenüber Treue bewahren. Spezialabmachungen konnten somit nicht gehalten werden, wodurch dann die Kartoffelversorgung der Stadt Heidelberg Schaden erlitt.

den hat, muß darin die einzig mögliche Form tragischer Kunst erblicken. Selbst wenn er einmal in der „Verfluchten Glocke“ aus eigenem tiefen Erlebnis heraus das Recht der genialen Künstlerpersönlichkeit im Sinne eines Nietzsche'schen Übermenschen darzustellen will, so vermag er doch nicht die Menschheit ins Unrecht zu setzen; die Tränen der verlassen Frau reihen ihn von der freigelegten Gefährtin; auch in Messias Heinrich mischt sich nicht mit bitterem Unrecht. Die Objektivität gegenüber der äußeren Umwelt bewahrt sich auch in der Menschengestaltung. Das Drama des Intressenkonflikts entscheidet sich folgerichtig für die Einfühlungsvermögen, wie es Balzac nennt. Sie „bleibt dem Leben nahe, sie ist mit Wille bürgerlich, sie bringt Erlebnisse, wie der Alltag sie bietet, sie wirkt durch die Entdeckung tragischer Möglichkeiten in dem Gewohnten, in dem Leben, wie es jeder führt.“ Man mag die Verbürgerlichung des Dramas mit dem ungarischen Aesthetiker Lafusz belegen, sie entspricht jedenfalls ihrer idealen Symbolen entsprechenden Zeit, und Hauptmann ist der Träger dieses Zeitgefühls. Erst der Krieg mit seinen gewaltigen Spannungen hat auch im Drama wieder den Auf nach Ethos und Pathos gestattet. Das Drama Hauptmanns und der Gleichzeitigen erlangt das große Pathos, bewußt gerade, weil man der äußerlichen Pathetik überdrüssig geworden war. Seine Tragik erhebt weder den Menschen, noch zerschmettert sie ihn. Ihr geht es nicht um Stellungnahme für oder wider. Ihr Ziel ist, Verständnis für alles Menschliche zu wecken, begreifen nicht urteilen, oder gar verurteilen.

Mit seinem Kaiser Karl sagt der Dichter: „So sei der Mann, der mit Willkommen! er muß verstehen; nicht richten!“ Dies ist nichts von gotischem Rausch, von barockem Überfüllung zu verspüren, hier waltet jener dämpfende Kunstwille, wie ihn Goethe in höchster Vollendung handhabte.

Daraus ersehen wir aber, wie kurzschichtig es ist, wenn es heute Mode geworden ist, den deutschen Menschen schließlich mit dem gotischen gleichzusetzen. Wenn Goethes Formwille deutsch ist, so Gerhards Hauptmanns gleichgerichteter nicht minder. Andererseits aber ist Hauptmanns Dramatik durchaus unklassisch, sie neigt vielmehr der Romantiz an. Ein flächenhaftes symmetrisches Gestalten mit Gleichwertigkeit der einzelnen, Raumgrenzen Glieder zu vollkommen abgerundetem, geschlossenem Aufbau, wie etwa Goethes „Lasso“ wäre ihm unmöglich. Die Tiefengliederung seiner Dramen, die neben die Hauptpersonen eine Reihe anderer von absteigender Bedeutung stellt, erinnert an Shakespeares Parodien, an die Romantik, die im endlosen Raum malerisch gestalten, etwa wie Rembrandt seine Bilder von einem Risypunkte aus nach dem ganzen ins schwarze Dunkel Nichts verdammen läßt. Wie

Gerhart Hauptmann, ein deutscher Dichter.

Zum 15. November 1922.

Von Hochschulprofessor Dr. Karl Holl.

II.

Der neue Bahuchersatz steht voraus und fördert die Kritik des Bestehenden. Wenn für die naturwissenschaftliche Verwurzelung des Naturalismus der studierende Empiriker Bala das Vorbild gab, so für die sozialistische der Gesellschaftskritiker Ibsen. Indem die Jugend, auch hier ihrem Vorrecht getreu, schnell fertig mit dem urteilenden Wort alles Heimische in Waisch und Wogen ablehnte, suchte sie sich in der Ferne, im Ausland, was sie auch in der Nähe, im Inland hätte finden können. Mit Heine und dem jungen Deutschland hat nach der jenseitsgerichteten Romantik eine diesseitsgewandte Literaturperiode angebahnt, die mit Dichtern wie Hebel und Otto Kubary, Raabe und Reuter, Fontane und Keller den künstlerischen Realismus meistert und auch bereits die sozialistischen Töne anschlägt.

Gerade im selben Augenblick aber, als diese Diesseitskunst im Naturalismus ihren Gipfel erreicht hat, da erhebt sich auch schon wieder der Wille, über das Diesseits hinauszutreten. Darin liegt die Mission Gerhards Hauptmanns. Er, der zum Naturalisten hervorragend begabte Dichter, der mit seinem ersten Drama zum Überwinder des Naturalismus wurde, er wurde der Überwinder des Naturalismus. Die Kraft, mit der er ihn überwand, ist die Liebe. Der konsequente Naturalismus fordert eine kühle Objektivität ohne Anteilnahme, ohne Liebe mit den zu registrierenden Gegenständen und Zuständen. Gerade als die Objektivität in impressionistischer Auffassung und Wiedergabe der Umwelt vollkommen schien, da regte sich wieder die Subjektivität. Die berühmte feuchtsinnige Liebesdichtung in „Vor Sonnenaufgang“ liefert dazu den Beweis.

Doch nicht die dargestellte, sondern die darstellende Liebe ist dabei entscheidend, nicht die Liebe zwischen Mann und Weib, nicht der Sexus, wenn auch in veredelter Form, sondern der Eros, die Liebe des Menschen zu allem Kreatürlichen. Diese Liebe befeuert Hauptmanns Schaffen, bestimmt seine Mensch- und Lebensauffassung, seine gesamte Weltanschauung. Sie bildet das Band, das ihn an den Sozialismus knüpft und, soweit dieser aus dem Mitleid mit Geknechteten und Entrechteten stammt, immer verknüpft wird.

Eine Rede des badischen Staatspräsidenten.

Ende der vergangenen Woche sprach Staatspräsident H. Kemmle in einer sozialdemokratischen Versammlung in Mannheim über den Zusammenbruch der europäischen Wirtschaft.

Auf die großen wirtschaftlichen Fragen eingehend, vermied Minister Kemmle darauf, daß wir durch den unheilvollen Krieg und die verkehrten und verfehlten Maßnahmen wägen und nach dem Kriege in die heutige Situation hineingeraten sind. Das Verfall der Diktat trage mit dazu bei, die wirtschaftliche Not zu steigern. Wenn die rechtstehenden Kreise heute der Republik für alle Krisen, unter denen wir leiden, aufzurufen wollen, so sei das eine Demagogie, die schärfste Beantwortung verdiene. Der Krieg habe einen tiefen und geschäftlichen Moral zur Folge gehabt; dazu kam die Abschneidung Deutschlands von allen Verbindungen.

Mit tiefgründigen Darlegungen beweist der Vortragende, daß diejenigen, die uns in den Krieg hineingezogen haben, auch die Hauptlast an den heutigen mislichen Zuständen tragen. Die Reparationslasten und die Zerrüttung der gesamten Weltmärkte sei die Folge des Krieges. Während die anderen Staaten, auch die Siegerstaaten, sich nicht frei bewegen können, kann dies Deutschland erst recht nicht. Die Verschuldung der Staaten bringe es mit sich, daß alle die Folgen des Weltkrieges verspüren, und letzten Endes ist diese Verschuldung die Ursache des ganzen Elends. Das Vorkriegsland zerfällt alle Budgets der Staaten. Die Steuerlasten sind im ungeheuren Maße gestiegen und werden die Gemeinden werden unter der Anfsicht der Dinge am meisten geschädigt. Ihre Steuerquellen sind in der Hauptsache verfallen, die Abgaben fließen in die Hände der Reichsregierung und die Gemeinden erhalten von da wieder ihre Gelder; lange nicht genug, um dringend der Lösung barende Maßnahmen auszuführen. Die Not unserer ganzen Wirtschaft laste mit tiefem Druck gerade auf den Gemeinden. Alle diese Dinge müssen bei der Beurteilung der Arbeiten der Sozialdemokratie in den Gemeindeparlamenten berücksichtigt werden. Dabei müsse noch beachtet werden, daß alle Steuern verteuern wirken; man brauche nur auf die Anfsicht hinzuweisen.

Mit ein paar Strichen zeichnet der Staatspräsident ein Bild unserer Abgaben infolge der Reparationen. Eine und eine halbe Milliarde Goldmark haben wir im letzten Jahre bezahlen müssen; das ist die Arbeit von einer Million deutscher Arbeiter! Zwei Milliarden Goldmark haben wir für Lebensmittelfuhr nach das Ausland abführen müssen; ebenfalls die Arbeit eines Jahres von einer Million Menschen. Unsere Handelsflotte von über einer Milliarde Mark Wert ist abgegeben worden. Das alles sei zu berücksichtigen, wenn man die Frage nach den Ursachen unseres Elends prüft. Was habe man uns denn an Abgaben z. B. an Kohlen, Holz usw. aufgebürdet? Brauche man an die Befestigung des Rheingebiets, an die Wegnahme großer Teile Schlesiens zu erinnern? 45,6 Milliarden Goldmark seien heute bereits von uns an Reparationen geleistet! Diese Zahlen nennen, heißt auch die Ursachen unserer Krise, die innere Zerrüttung, zeichnen!

Es wäre aber verfehlt, so führt der Redner weiter aus, den Verfall der Wirtschaft allein für unsere Not verantwortlich zu machen. Wir haben uns an die Brust zu schlagen und zu beklagen, daß wir manchen unterlassen haben, was uns Milderung gebracht und Härten erspart hätte. Es sei nur daran erinnert, daß man die Einführung der Zwangsbeziehung zum Zug um Zug und immer zu spät einführt. Und wie habe man dann diese Zwangsbeziehung bekämpft! Bekämpft mit einer Leidenschaft, bis Stück für Stück von dem Bau fiell. Stets glaubte man, in wenigen Monaten nach Beendigung des Krieges wieder so leben zu können, wie vor dem Kriege. Man beachte nicht, daß der Sprung von der Zwangsbeziehung zur freien Wirtschaft uns in neue Komplikationen hineinführt.

An markanten Beispielen zeigte der Referent, daß wir die Zwangsbeziehung auf die Hauptnahrungsmittel, auch auf einzelne Rohstoffe, unbedingt hätten erhalten müssen. Erst allmählich hätte man an den Abbau herangehen dürfen. Die Folgen des Abbaues haben wir jetzt zu tragen. Weiter wurde die Ein- und Ausfuhr-Regelung, die Kontrolle des Ex- und Imports, die Preisordnung, die Prüfung der Preisbildung und die Frage des sogenannten Wiederbeschaffungspreises gestreift. Jetzt endlich komme man dazu, die Mark zu stabilisieren. Sachverständigen-Konferenzen, Reparationskommission und Wirtschaftler aller Parteirichtungen wurden um Gutachten angegangen und es sei nur zu hoffen, daß die Frage einer glücklichen Lösung entgegengeführt werde. Minister Kemmle bespricht die bekannten Forderungen, die zur Durchführung des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft notwendig sind. Die Geldentwertung und deren Folgen wurde an dem Beispiel des

Badenwerks und an den Arbeit n der Privatindustrie anschaulich gemacht. Die Flucht aus der Mark muß verhindert werden (Heranziehung der Goldreserve, Schaffung eines goldbedingenden Wertpapiers usw.).

Die Sozialdemokratie habe bei der Lösung der großen Fragen ihre Mitarbeit nicht verlagert. Was wir verlangen, ist eine klare, zielbewußte Politik. Wenn die Sozialdemokratie gegen Leute wie Stinnes größtes Vertrauen hege, so sei sie dazu durch Reden dieses Herrn berechtigt. Zur Frage der Arbeitsstunden erklärte der Redner, daß an dem Grundsatz des Achtstundentages für die Industriearbeiter unbedingt festgehalten werden müsse. Die Frage sei nur, ob wir nicht auf anderen Punkten, so z. B. die durch die Aufblähung des Verwaltungsapparates während des Krieges überflüssigen Zwischenstufen beseitigen können. Dringend notwendig sei eine Ausbalancierung des Etats der Gemeinden, des Staates und des Reichs. Gelingt uns das, so brauchen wir den Kopf trotz aller Gefahren nicht hängen zu lassen. Den Herren, die so sehr nach der Beseitigung des Achtstundentages schreien, sage er, daß, wenn die Krise einsetzt, wir vielleicht mit der Einführung der Kurz-Arbeitszeit rechnen müssen, um uns über Wasser zu halten.

Wir geben trotz der ungünstigen Verhältnisse die Hoffnung nicht auf, daß wir bei traktatlicher und energischer Arbeit die Lage messern werden. Ein 60-Millionen-Volk kann nicht untergehen, wenn es sich nicht selbst aufgibt. Die Hoffnung auf den Wiederaufstieg gibt uns die Kraft zur Weiterarbeit. Die Wormsische an die Sozialdemokratische Partei gerichteten an der erfolgreichen Mitarbeit auf allen Gebieten zum Wiederaufbau Deutschlands! Trotz der unglücklichen Not, die ohne direkten Verschulden über das deutsche Volk hereingebrochen ist, werden wir unbedrückt auf unser Ziel losziehen. Gleichgültigkeit und Ratlosigkeit müssen überwunden werden. Arbeiten wir, so kommt auch für das deutsche Volk wieder eine bessere Zukunft!

Überzahlungen auf das Reichsnotopfer und Zwangsanleihe.

P.A. Nach § 11 des Zwangsanleihegesetzes werden Zahlungen, die ein Notopferpflichtiger über den nach § 36 des Vermögenssteuergesetzes endgültig geschuldeten Betrag hinaus geleistet hat, auf Antrag auf die von ihm zu leistende Zwangsanleihe angerechnet. Nach den Ausführungsbestimmungen über die Abwicklung des Reichsnotopfers sollen die Finanzämter solche Überzahlungen ohne weiteres auf die von Pflichtigen zu leistende Zwangsanleihe anrechnen, es sei denn, daß der Pflichtige spätestens bis 31. März 1923 der Anrechnung ganz oder teilweise widerspricht. Wer demnach Widerspruch überzahlten Notopfers beantragt, tut gut daran, gleichzeitig anzugeben, ob er Widerspruch, sei es durch Anrechnung in Zahlung gegebener Wertpapiere, oder ob er Anrechnung auf die Zwangsanleihe wünscht. Der Widerspruch gegen die Anrechnung auf Zwangsanleihe ist unabweislich. Der Anspruch auf Anrechnung geht auf den Erben des Notopferpflichtigen über, wenn der Erbfall nach dem 31. Dezember 1922 eingetreten ist.

Angerechnet wird auf die Zwangsanleihe der Betrag, mit dem die Zahlung auf das Reichsnotopfer angerechnet wurde, zuzüglich 5 v. H. Zinsen, soweit die Stüdelung der Zwangsanleihe dies zuläßt. Als Tag der Anrechnung auf die Zwangsanleihe gilt bei den bis zum 31. Juli 1922 erfolgten Überzahlungen auf das Reichsnotopfer der 31. Juli 1922, bei den späteren Überzahlungen der letzte des Monats, in dem die Überzahlung geschah. Hat z. B. in Pflichten am 5. Juli 1921 auf seine am 1. November 1921 fällig gewesene, durch das Vermögenssteuergesetz nunmehr gekürzte Reichsnotopferschuld 9000 M. einbezahlt, so wurden ihm (zuzüglich 4 v. H. Verzinsung für Vorauszahlung) 10 000 M. gutgeschrieben. Am 31. Juli 1922 hätte er somit 10 000 M. und 500 M. Zins = 10 500 M. zurückzuerhalten gehabt. Der Zeichnungspreis der Zwangsanleihe war im Juli 1922 92 v. H. Es sind somit dem Pflichtigen auf die Zwangsanleihe angerechnet (10 500 : 92) und 100 = 11 000 Mark 880, die restlichen 880 M. sind zurückzuerhalten.

Dem Pflichtigen steht es frei, dem Finanzamt seine Wünsche wegen Stüdelung der zu leistenden Zwangsanleihe zu äußern.

Die Dienstkohlenlage bei der Reichsbahn.

Obwohl die Kohlenförderung in den letzten Wochen gestiegen ist, konnte die Ruhr der Reichsbahn im Monat Oktober nur rund 80 v. H. der planmäßigen vom Reichskohlenkommissar festgesetzten Pflichtmenge liefern; in ähnlichem Maße blieb auch Oberschlesien in den Lieferungen zurück. Rund 300 000

Tonnen fielen so im Oktober zur Bedienung des laufenden Bedarfs der Reichsbahn aus und müßten durch Auslandskohle ersetzt werden. Weitere erhebliche Auslandsmengen mußten noch hinzugekauft werden, um über den sehr knappen Bestand hinaus einen gewissen Sicherheitsvorrat für den Herbst und Winter vorrat zu schaffen.

Wie unzureichend die Reichsbahn in diesem Sommer mit Lokomotivbrennstoffen beliefert worden ist, geht nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Karlsruhe aus folgender Darstellung hervor: Der Dienstkohlenvorrat betrug am 1. April d. J. 574 000 Tonnen, reichte also nur für 12 Tage. Bis Ende September wurden aus deutschen Revieren (einschließlich Ost-Oberschlesien) gegenüber einem in den Sommermonaten verhältnismäßig niedrigen Verbrauch von insgesamt etwa 7 500 000 Tonnen und gegenüber einem planmäßigen Lieferungsfall von rund 8 200 000 Tonnen mit etwa 6 300 000 Tonnen geliefert, d. h. etwa 77 Prozent des Solls und rund 1 900 000 Tonnen weniger als verbraucht wurden. Die am 1. April d. J. vorhandenen Bestände wären also bereits im Juli d. J. völlig aufgebraucht gewesen, und damit wäre der Eisenbahnbetrieb schon Ende Juni zum völligen Erliegen gekommen, wenn die Reichsbahn nicht rechtzeitig und regelmäßig monatlich große Mengen Auslandskohlen beschafft hätte. Nur durch diese Bezüge aus dem Ausland ist es gelungen, den laufenden Verbrauch zu decken und über den Stand vom 1. April hinaus weitere Vorräte zu sammeln.

Allerdings erfordert die Beschaffung so großer Mengen ausländischer Kohlen gegenüber der wesentlich billigeren deutschen Kohle ungeheure Aufwendungen, die bei dem hohen Kalkulationsstand bereits für die rückliegende Zeit viele Milliarden Mark betragen und für die zurzeit noch hereinzukommenden Mengen bei dem Kalkulationsstand noch erheblich größere Summen ausmachen, mithin die Eisenbahnfinanzen und die ganze deutsche Volkswirtschaft schwer belasten.

Expressguttarif.

Auf wiederholte Vorstellungen der badischen und württembergischen Regierung hat der Reichsverkehrsminister angeordnet, daß sich die ständige Tarifkommission der Deutschen Eisenbahnen, in der auch die Landwirtschaft, das Gewerbe und der Handel vertreten ist, mit der Frage befaßt, ob und in welcher Weise der Expressguttarif den Verhältnissen in Baden und Württemberg wieder mehr angepaßt werden könnte. Die in der ständigen Tarifkommission hiernach ausgenommenen Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 82 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen und Bekanntmachungen: des Ministeriums des Innern: Gebammenwesen; die Schlachtvieh- und Fleischschau; Verkehr mit Fahrrädern auf öffentlichen Wegen und Plätzen; Verpflegungssätze für Kranke im Landesbad in Baden und im Landesbad in Dürkheim; den Vollzug des Viehseuchengesetzes; des Arbeitsministeriums: den Schutz der Mieter.

DZ. Baden-schiffahrt zwischen Deutschland und der Schweiz. Gegenüber dem Vorjahre 1920 hat die Rheinschiffahrt zwischen Deutschland und der Schweiz, wohl infolge der allgemeinen Krisis und der bestehenden Grenzschwierigkeiten einen ziemlich starken Rückgang zu verzeichnen. Im ganzen wurden nur 62 202 Personen befördert gegenüber 83 121 Personen im Jahre 1920. Im Güterverkehr wurden 97 851 Tonnen befördert gegen 81 220 Tonnen im Vorjahre. Die Gesamteinnahmen sind infolgedessen trotz der erhöhten Preise zurückgegangen und zwar von 682 847 Franken auf 474 568 Franken. Der Frachtwertverkehr soll nicht einmal die Hälfte der Güterbewegung über den See vor dem Kriege erreicht haben. Der seit Jahrzehnten gehegte Wunsch der Gemeinde Horn, Dampfschiffstation zu werden, ist inzwischen in Erfüllung gegangen.

Im Seegebiet ist zurzeit die Ernte der Schiffschiffahrt und des Streufraßes auf den Streuwiesen in vollem Gange. Schilfrohr, das zu Rohmaterial und anderen Zwecken verwendet wird, steht ziemlich hoch im Preise.

DZ. Mannheim, 21. Nov. Der Bürgerausschuß genehmigte die Aufnahme eines Anlehens bis zu 200 Millionen Mark, die für Wohnungsbauten, Grundstücksverwertungen, Erweiterungen städt. Betriebe, Vergärung des Industrieabfalls und anderer Bedürfnisse der Stadt dienen sollen. Auch wurde die Errichtung einer Realschule in Feudenheim beschlossen.

diese Richtung durchaus nicht im räumlichen Mittelpunkt des Bildes zu liegen braucht, so rückt der Hauptmann die Hauptrolle, die Höhenpunkte seiner Dramen gerne aus der Mittellinie Mitte nach außen. Das extreme Beispiel ist sein „Michael Kramer“, wo Höhepunkt und Lösung ineinander fallen und in der Schlussszene des erkennenden Vaters den Abschluß des Dramas bilden.

Diese eigentümliche Rautechnik ist um so eher möglich, als Hauptmanns dämpfender Formwille die großen Spannungen, die stets Vorbereitung und Abklingen bedürfen, vermeidet und sie lieber durch eine Reihe kleinerer Spannungen ersetzt, er bedarf daher auch nicht der klaren Ordnung, wie sie durch die von der Klassik geheiligte Fünfsatz der Akte gewährleistet wird. Tatsächlich zeigen nur drei seiner 27 vollendeten Dramen fünf Akte, dazu tritt noch „Florian Geyer“, worin den fünf Akten aber ein Vorspiel, also gleichsam ein 6. Akt vorangestellt ist, fünf Dramen haben 4 Akte, zwei sind Dreierakte, „Hanneles Himmelfahrt“ verläuft in 2 Akten, und 6 Dramen haben überhaupt keine Akteinteilung, sondern nur aufeinanderfolgende Szenen: „Ella“ und „Schluß und Jan“ je 6, „Winterballade“ 7, „Griseba“ 10, „Der weiße Heiland“ 11. Das Weiteitellen des festen Gerippes der Akteinteilung zeigt schon äußerlich aus Deutlichkeit die Lockerung des Baues. Dieser romantische Charakter dramatischer Aktion offenbart sich auch in dem Mangel an Geschlossenheit — der keineswegs Mangel an Einheit bedeutet —, in der Offenheit, die Hauptmanns Drama eignet.

Indem man den Dichter nach dem üblichen klassischen Maß beurteilt, wonach das Wesen des Epos in seiner vollendeten Objektivität besteht, der Anfang und Ende gleichgültig sind, hat man Hauptmann oft episch genannt. Damit scheint auch erklärlich seine bis zur Gleichgültigkeit gesteigerte Duldsamkeit gegenüber erheblichen Mängeln, die seine Dramen bei Aufführungen erfahren, seine Bereitwilligkeit Dramenschnitte zu ändern, so bei „Griseba“ und der „Verstümmelten Gode“, wo uns noch heute der ursprüngliche Schluß unbekannt ist. Der gesamten naturalistischen Dramatik über die Vorwürfe des Epischen nicht erpar. Im Grunde endeten ihre objektiven Zustandsdarstellungen immer zugleich, konnten beliebig erweitert werden, denn es hatte sich ja gar nichts geändert. Hauptmanns „Reber“ sind dafür ein bezeichnendes Beispiel. Die armen Reber reden sich wohl einmal, aber wir sind doch am Schluß überzeugt, daß das kleine Soldatenaufbebot genügt, um ihre Empörung niederzuschlagen, und sie werden eben wieder in ihr altes Elend zurückfallen. Der weichen sensiblen Natur Hauptmanns widerspricht der lästige

Kampfscharakter des Dramas. Seine Dramen sind nicht der Ausdruck heftig widerstrebender ungeheurer Willenskräfte, sondern sogenannte „Draffilianerdramen“ (Richard M. Meyer), bei denen in eine Umwelt von außen her ein Fremder zufällig kommt und durch seinen Eintritt die Gleichgewichtslage stört, oder daß er aber diese Umwelt dauernd umzugestalten vermag. In „Vor Sonnenaufgang“ geschieht es durch Loth, in „Friedensfest“ durch Ida Rudner, in den „Einigen Menschen“ durch Anna Raß, in den „Rebern“ durch den Jäger. Der Fremde ist der Stein, der ins Wasser geworfen wird, daraus entstehen sich ausbreitende Wellenkreise und zum Schluß wird das Wasser in der alten Ruhe daliegen. Man spricht oft vom naturalistischen Drama als einem modernen Schicksalsdrama und will dadurch die bestimmende Gewalt der Umstände treffen. Aber gerade der Naturalismus kann als solcher den Zufall nicht ausschließen. Die „Draffilianer“-Dramen sind alle auf Zufall gründend. Darin nähert sich aber der Naturalismus der Romantik, die durch Novalis behauptet: „Der Dichter betet den Zufall an“. Und wenn wir von Novalis hören: „Die Gegenstände müssen wie die Aeolsharfe da sein, auf einmal, ohne Veranlassung, ohne ihr Instrument zu verzerren“, so liegt die Verwandtschaft mit jenem Dichterbekenntnis Gerhart Hauptmanns offen zutage.

Aber dieses äußerliche Schema aller naturalistischen Dramatik stimmt nur auf die vier Frühdramen. Wie Hauptmann aber auch schon in seinem Erstlingsdrama das Gefüge des Naturalismus durchbrochen hatte, so wandte er sich in den folgenden Werken innerlich immer mehr von ihm ab und benutzte ihn nur noch als Mittel, um für sein eigentliches Kunstziel den Rahmen zu geben. Dieses Kunstziel Hauptmanns aber ist die Seelenwanderung von Menschen und Zeiten. Sie ist die eigentliche Bewegung seiner impressionellen Natur und mit ihrer Hilfe allein scheint es möglich, das Ziel jener Einfühlungsstrahl, des Begreifens, zu erreichen, ja sie ist damit identisch. Es scheint aber ungeratfertig, einen Künstler anders zu beurteilen als nach Maßgabe seines künstlerischen Ziels, sobald dieses als solches anerkannt ist. Und da seine Kunstmittel dieses Ziel auf wirksamste Weise erreichen, so ist es gleichgültig, ob sie auch in epischer Kunst ihre Berechtigung haben. Die einführende Seelenwanderung, die in unserer Literatur ein Erbe der Romantik ist, gestaltet mit naturalistischen Mitteln im „Florian Geyer“ ein Bild des 16. Jahrhunderts, das in seiner hinreichenden Eindringlichkeit nach anfänglichem Mißerfolg erst heute zu ungeahnter Wirkung sich entfaltet. Sie ist die Gabe eines Dichters, da sie nicht aus dem Intellekt kommt, wodurch sie ihren

Träger im besten Falle nur zu wissenschaftlicher Psychologie befähigen würde. Sie entspringt der Quelle seiner mitfühlenden Liebe. Diese Liebe ist auch die befehlende Kraft, die seine plastischen Gestalten von innen heraus belebt und ihnen jene überzeugende Anschaulichkeit verleiht. Nur oberflächlich betrachtet könnte seine plastische Menschenformung klassischer Auffassung von der Dichtung als Anschauung entsprechen. Auch hierin steht er viel mehr der Romantik nahe. Plastik bedeutet ihm nicht, wie dem Klassiker, Flächenformung auf das Auge, sondern, wie sie Herder erkannt hat, eine Tiefenkunst, die sich nur dem tastenden Gefühl erschließt. Das tastende Gefühl überreicht sich dem Dichter dem Sprachlossten allerdings in eine Wortkunst, die den Hörer die Komplexität der Dramengestalten in all ihrer feinsten Differenzierung und Abschattung auffassen läßt. Die äußere Erscheinung des Menschen hat für ihn keine selbständige Bedeutung. Das wesentliche ist das Seelische, und darin besteht seine höchste Kunst, daß er rein gefühlsmäßig alles Seelische nachleben kann und solches Seelenerlebnis uns zu gestalten vermag. Bezeichnend widmet er sein drittes Drama denen, die es gelebt haben. Folgerichtig gibt es für ihn auch keine geschmacklich bestimmte Schönheit, wie für die Klassiker, sondern gleich Jean Paul könnte er sagen, daß Schönheit nur in der Liebe da sei, die auch das Häßlichste zum Schönen verklären kann. Hauptmanns Dichtung beruht auf der durch Herder begründeten romantischen Anschauung, daß das Wesen der Poesie Seelenbewegung auslösende Kraft sei. Die äußersten Pole dieser pendulanten Seelenbewegung sind Diesseits und Jenseits, lebendige Wirklichkeit und freudumglänzte Unendlichkeit. Immer wieder von Helene in „Vor Sonnenaufgang“ an bis zu Prospero in „Andipolli“ sucht sein Mensch, wie der Künstler im „Hirtensieben“, den Weg ins Freie. Das Symbol dieser Freiheit ist vertrieben, ob es Helene in der Liebe eines reinen starken Gemüts sieht, oder ob es Johannes Koderath nur ganz nebelhaft unklar ins Wasser zieht, ob es den Blodengieser Heinrich auf der Verge treibt, oder ob es den erblindeten Vogel Hellriegel den Süden im Innern finden läßt, ob es Montezuma von den Sonnenschönen erhofft, oder ob es Prospero in dem Eigenopfer erblickt, so daß er, Empedokles gleich, entsagend sich in die Unendlichkeit des Kraters stürzt; immer ist es ein sehnüchtes Streben, das alle Gestalten Hauptmanns befeuert: das arme Hannele, den armen Heinrich, Grisebas Gatten und den großen Kaiser Karl. Von jeher galt es als ein Kennzeichen des Deutschen, daß in seinem Blute Sehnsüchte wehen, die faustisch über die Wirklichkeit hinausstreben. So überwindet auch in dem erdnähen deutschen Gerhart Hauptmann der Sehnsüchtdichter den Naturalisten.

Einem Angestellten der Bad. Anilin- und Sodafabrik wurde, nach Meldung des „Rannheimer Volksblattes“, auf dem abendlichen Heimweg von zwei weißen Franzosen in Militäruniform die Goldene Kette unter Schlägen entziffen. Als der Angestellte, ein Kriegsinvalide, sich zur Wehr setzte, kamen den Angreifern noch weitere fünf Franzosen zu Hilfe, die mit scharfen Gegenständen auf ihn einschlugen, so daß der Invalide sich nur durch die Flucht, aber mit tiefen Kopfwunden retten konnte.

Lehnten Dienstag, abends 10 Uhr, ertranken im Hafen 1 in Rheinau fünf Personen. Die Verunglückten benutzten einen Kasten zur Überfahrt, der un dicht war, sich auf der Mitte des Hafens mit Wasser füllte und schließlich unterging. Zwei weitere Personen, die ebenfalls in dem Kasten waren, konnten sich durch Schwimmen retten. Die Namen der Verunglückten sind folgende: 1. Otto Traub, 26 Jahre alt, Kesselschmied, 2. Jakob Seitz, 18 Jahre alt, Schlosser, 3. Josef Schöns, 18 Jahre alt, Tagelöhner, 4. Konrad Berlinhof, 20 Jahre alt, Tagelöhner, sämtliche von Blankstadt, 5. Robert Kleins, 21 Jahre alt, Tagelöhner aus St. Leon. Die Leichen konnten bis jetzt noch nicht geborgen werden.

DZ. Heidelberg, 21. Nov. Der a. a. Professor für innere Medizin und Oberarzt an der med. Klinik der Universität Heidelberg Dr. med. Richard Sieber ist zum Oberregierungsmedizinalrat beim Versorgungsstranzenhaus Karlsruhe unter Befassung beim Beobachtungsstranzenhaus Heidelberg ernannt worden.

Die im 65. Jahrgang in Heidelberg erscheinende „Badische Post“ teilt mit, daß auch sie von der Entwicklung der Verhältnisse im Zeitungswesen so schwer betroffen worden sei, daß das Weitererhalten des Blattes vorübergehend in Frage gestellt war. Das Blatt soll nun vom 1. Dez. ab in Frankfurt gedruckt werden und erscheint dann als Morgenblatt.

DZ. Blankstadt, 21. Nov. Blankstadt konnte mit einem Schlag seine Schulden abtragen, die Umlage herabsetzen und einen beträchtlichen Überschuss erzielen. Und das alles durch den Verkauf von vier Häusern, der einen Betrag von 2 455 000 M. erbrachte.

DZ. Ettlingen, 21. Nov. Gefährdet wurde letzten Donnerstag sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma C. Barusch, Dampfwaschanstalt hier wegen Lohnforderungen. Vor dem hiesigen Arbeitsamt fanden Verhandlungen in dieser Sache statt.

DZ. Offenburg, 21. Nov. Der Nord an dem Gutspächter Wulfer im Hinterhirsbach, der seinerzeit so viel Aufsehen nicht nur in der Ortenau, sondern in ganz Ober- und Mittelbaden verursacht hatte, dürfte jetzt wohl seine Sühne finden. Der Landwirt Karl Huber, der bereits einmal vor dem Schwurgericht in Offenburg unter der Anklage des Mordes stand, aber wegen Unterbrechung der Verhandlung nicht verurteilt werden konnte, hat nunmehr in der erneuten Schwurgerichtsverhandlung den Mord eingestanden.

DZ. Engen, 21. Nov. Unsere Gemeindevertreter haben in ihrer letzten Sitzung noch glatte Arbeit gemacht. Sie haben bewilligt für den Bau der Frauenarbeitschule 400 000 M., für den Umbau des Ortsnezes in Altdorf 7,5 Millionen, für den Bau eines Wohnhauses 3 Millionen usw.

DZ. St. Blasien, 21. Nov. Die Besuchsziffer hat vom 1. Januar ab geredet in diesem Jahre 7822 erreicht, darunter befinden sich 2830 Durchreisende. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren 7792 Fremde im hiesigen Kurort.

Aus der Landeshauptstadt.

Das Wahlergebnis der Stadtverordnetenwahlen in Karlsruhe. Nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes erhalten vorläufig:

Stadtverordneter:	Stadtratsliste:
Bereinigte Sozialdemokratische Partei	37
Kommunisten	6
Zentrum	19
Deutsche Volkspartei	9
Bereinigte politische und religiös neutrale Verbände	1
Kommunale wirtschaftliche Vereinigung	6
Deutschdemokratische Partei	9
Deutschnationale Volkspartei	9

* Winternothilfe. In anerkannter Weise wird der Leiter des Marionetten-Theaters im Künstlerhaus, Herr Georg Deisinger, einen Teil des Reinertrages der beiden Vorstellungen vom Mittwoch und Donnerstag Abend der Karlsruher Winternothilfe zur Verfügung stellen.

Landwirtschaftliche Spende zur Winternothilfe. Einen großen Beweis von Opferfreudigkeit haben die Einwohner der Gemeinde Graben durch die Vermittlung der dortigen landwirtschaftlichen Genossenschaft gegeben, indem sie eine reiche landwirtschaftliche Spende für die „Winternothilfe Karlsruhe“ zur Verfügung gestellt haben. Durch die Verarbeitung der Bestandsmitglieder der Genossenschaft fließen die Gaben so reichlich, daß die Winternothilfe mit ihrem eigenen Kassenzwei vollständige Ladungen nach hier führen konnte. Das Gesamtgewicht der Spende war 186 Zentner. Diefelbe setzt sich aus ungefähr folgenden Mengen zusammen: 156 Zentner Kartoffeln und Gelberbsen, 9 Zentner Kraut, 1 Zentner Apfel, 1/2 Zentner Nüßchen, 1/2 Zentner weiße Bohnen, 30 Pfund Mehl, 35 Pfund Dörrobst, 20 Pfund Lauchstengel und Rettich. Der Gesamtwert der Spende kann auf 120 000 M. geschätzt werden. Auch diejenigen, die keine Naturalien zur Verfügung stellen konnten, bewiesen ihren guten Willen durch Barspenden, so daß noch 570 M. in bar mitgebracht werden konnten. Öffentlich findet dieses hochherzige Beispiel Nachahmung auch bei den anderen in der Nähe von Karlsruhe gelegenen Gemeinden. — Die Spende der Gemeinde Graben wurde sofort zur Verteilung gebracht, und zwar erhielt zur Verteilung an die bedürftigsten Mitglieder die erste Autoladung der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Karlsruhe, und die zweite Autoladung der Kleinrentnerbund, Ortsgruppe Karlsruhe.

* Über automatische Telefonie sprach in vergangener Woche Herr Oberingenieur Gier vor den Mitgliedern und Gästen des Elektrotechnischen Vereins im großen Hörsaal des elektrotechnischen Instituts der Karlsruher Hochschule. Die Vorträge, selbstständig arbeitende Einrichtungen zum Herstellen der Gesprächsverbindungen zu schaffen, sind fast so alt wie der Fernsprecher. Erst verhältnismäßig spät haben sie Erfolg gehabt und gegenwärtig gibt es bereits mehr als 250 000 An-

schlüsse bei uns. Die Vorteile des Selbstanschlusses sind: Schnelligkeit beim Herstellen und Trennen der Gesprächsverbindungen, vollkommene Geheimhaltung der Gespräche, Unabhängigkeit vom Bedienungspersonal, Anpaßungsfähigkeit der Selbstanschlusssysteme an besondere Verhältnisse und Betriebsbedingungen, unbeschränkte Erweiterbarkeit. Wegen dieser Vorteile benutzt man die automatische Fernsprechanlagen nicht nur bei öffentlichen Ämtern, sondern auch in kleinen und größeren industriellen Betrieben, bei Behörden, Banken usw.

Der Vortragende schilderte an der Hand von betriebfertigen Modellen und Lichtbildern, wie bei dem bei weitem am meisten verbreiteten System, nach dem die Siemens & Halske A.-G. ihre Anlagen baut, dadurch, daß der Teilnehmer mit Hilfe einer an seinem Apparat befindlichen Wählscheibe eine Nummer einstellt, die gewünschte Verbindung zustande kommt und wie sie getrennt wird. Er zeigte auch, in welcher Weise automatische Privatanlagen mit öffentlichen Ämtern beliebigen Systems zusammen arbeiten und ging dann auf die Wirtschaftlichkeit der automatische Fernsprechanlagen ein, die größer ist als die handbedienter Anlagen. Auch kleine Betriebe mit einer geringen Zahl von Sprachstellen können sich die Vorteile des Selbstanschlusses zunutze machen, indem sie nach dem System der sog. Kleinautomaten ihre Anlagen einrichten lassen. Als Beispiele für die große Anpaßungsfähigkeit des Systems an besondere Betriebsverhältnisse führte der Vortragende den halbautomatischen Nebenstellenverkehr an, bei dem in den letzten Jahren erhebliche Vorteile erzielt worden sind, sowie die Einrichtungen, die den besonderen Bedürfnissen des Eisenbahnfernverkehrs angepaßt sind. Erwähnt wurden auch die Apparate, mit denen man bei Straßenfernprecheinrichtungen jede von mehreren an einer gemeinsamen Leitung liegenden Stationen anrufen kann, ohne daß die übrigen durch Bedienung gestört würden.

Sch. Kolloseum. Die Spielzeit vom 1. bis 30. November ist nicht dem eigentlichen Variétécharakter gewidmet, sondern ein munteres, heiteres rheinländisches Köllchen ist eingezogen, und zwar alte Bekannte: Die kölnischen Komiker Schmitz-Weißweiler, die allabendlich mit ihrem urwüchsigen Humor das meiste ausverkaufte Haus auf das Beste unterhalten. Mit der Rolle „Eine Samstagsfahrt“ führte sich die Truppe aufs Beste ein und vom 9. ab gelangte der Direktor „Die Zwangseinquartierung“, die ebenfalls ein gutes Publikum gemessen, zur Aufführung. Vom 16. bis 23. bringt die Truppe den neuesten Schwank „Die Kaufleute“, welcher in Köln, Berlin, Dresden, Leipzig u. a. mit großem Erfolg aufgeführt wurde. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Direktoren Schmitz und Weißweiler, die durch ihren köstlichen Humor dem Stück einen durchschlagenden Erfolg sichern. Aber auch die andern Darsteller sehen ihr Bestes ein, so daß das Publikum zu reichem Beifall hingerissen wird. Aber bei den heutigen Zeiten aus dem widerwärtigen Alltäglichen herausgerissen werden will, der besuche die Vorstellungen der „Kölner“ und er wird wieder einmal herzlich lachen.

Vom 23. bis zum Schluß des Monats folgt als Abschiedsvorstellung der Direktor „Die Schieber“, verfaßt von Carl Schmitz u. Josef Weißweiler. Das Dezemberprogramm bringt wieder Variétévorstellungen.

DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK

KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN

KAPITAL UND RESERVEN: 1050 000 000 MARK

Neu eröffnet: **Filiale Karlsruhe i. B.** Kaiserstraße 76 (am Marktplatz)

Fernsprecher: Nr. 4400—4407. — Postscheckkonto: Karlsruhe Nr. 76100.

Bis zur Fertigstellung der Kassenhalle erfolgt die Abwicklung der Geschäfte im 2. Stockwerk.

Die auf 1. Juli und 1. August 1923 heimzuzahlenden Schuldverschreibungen unserer Eisenbahnanleihen von 1880, 1886 und 1896 werden am 1. Dezember d. J., 9 Uhr vormittags, in unserm Dienstzimmer 122 öffentlich ausgelöst. **Bad. Staatsschuldverwaltung.** **§. 830**

Brauereigesellschaft vorm. G. Moninger Karlsruhe.

Hierdurch laden wir unsere Aktionäre zu der am **Samstag, den 16. Dezember 1922, vormittags 11 Uhr,** im Sitzungszimmer des Banthauses Witt 2, Gomburger hier, Karlsruhe Nr. 11, stattfindenden **33. ordentlichen Generalversammlung** **§. 998** **ergerbeit ein.**

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 1921/1922 und Genehmigung des Rechnungsabchlusses.
 2. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes und Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat.
 3. Statutenänderung **§. 18** Erhöhung der festen Vergütung des Aufsichtsrats und der Geschäftskommission des Aufsichtsrats. **§. 20** Abf. 4 Beschränkung des mehrfachen Stimmrechts der Vorzugsaktien auf bestimmte Fälle.
- Dieser Generalversammlung teilnehmen wollen, haben gemäß § 20 der Statuten ihre Aktien spätestens bis Mittwoch, den 13. Dezember 1922, 1 Uhr mittags, entweder bei der Gesellschaftskasse, oder bei den hiesigen Banhäusern Rheinische Kreditbank, Filiale Karlsruhe, Strass & Cie., Sächsische Diskonto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe, Witt 2, Gomburger, zu hinterlegen, wogegen eine Eintrittskarte zur Generalversammlung ausgefolgt wird. Anstelle der Aktien kann bis zur genannten Zeit auch die Bescheinigung eines Notars über die bei diesem beponierten Aktien bei dem Vorstande hinterlegt werden. **Karlsruhe, den 18. November 1922.**

Der Aufsichtsrat:
Dr. Friedr. Weill.

Badisches Landestheater.
Dienstag, 21. Nov. 7 u. 9 Uhr. 200 Mk.
Abonn. G 8. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1201—1500.
Zum ersten Male. **Improvisationen im Juni.**
Komödie in 3 Akten von Max Mohr.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, 22. Nov. 5 u. 9^{1/2} Uhr. 400 Mk.
Der Ring des Nibelungen. 2. Tag.
Siegfried.

Die Gebührenordnung für die Kaminseger betr.
Der Feuerungsbeitrag zu den Grundgebühren der Kaminseger wird mit Wirkung vom 20. ds. Mts. für die Stadt Karlsruhe auf 7500 Prozent erhöht. **§. 882**
Karlsruhe, den 17. November 1922. **O. J. 155**
Badisches Bezirksamt Abt. III.

Wir sind stets Abnehmer von **Weichblei** **G. Braunische Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe, Karlsriedstr. 14.**

Unionbrauerei A. G. Karlsruhe.
Auf Grund des nunmehr in das Handelsregister eingetragenen Generalversammlungsbeschlusses der Unionbrauerei vom 10. August 1922, wonach diese Gesellschaft mit der unigen verschmolzen worden ist, fordern wir die Aktionäre der Unionbrauerei auf, ihre Aktien zum Austausch bei uns oder bei dem Banthaus Witt 2, Gomburger hier einzulegen. **§. 999**
Jede Union-Brauerei-Aktie mit Dividendenschein 1921/22 und folgende wird

in eine junge Moninger-Aktie mit halber Dividende 1921/22 und den folgenden Dividendenscheinen ausgetauscht. Diejenigen Union-Brauerei-Aktien, die bis zum 1. Februar 1923 nicht zum Umtausch in Moninger-Aktien eingereicht sind, werden entsprechend den Bestimmungen des § 290 SGB. für kraftlos erklärt und die dagegen zu gewährenden Moninger-Aktien für Rechnung der Beteiligten verwendet. **Karlsruhe, 18. Nov. 1922.**
Brauereigesellschaft vormals G. Moninger.
Der Vorstand.

§. 796. Baden, Theodor Barquet, Apotheker in Bruchsal, und Walter Gempy, Ehefrau Emilie geb. Barquet in Karlsruhe haben als Erben ihrer Schwester, Frau Nina Berta Emilie geb. Barquet

in Karlsruhe, das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbriefs vom 31. Dezember 1906 über die im Grundbuch von Baden Band 47 Heft 467 Abt. III Nr. 17 zugunsten der genannten Erblasserin auf das Grundstück der Gemarkung Baden Lg. Nr. 185 eingetragenen Darlehenshypothek von M. 14 000 nebst 5 Proz. Zinsen beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, 28. Februar 1923, vormittags 10 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Zimmer 17, anberaumten Aufgebots-termin seine eidle anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird. **Baden, 16. Nov. 1922.**
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

§. 819. Baden, Kaufmann Wilhelm Schindler in Baden, Langestraße 97, hat als Testamentsvollstrecker auf Ableben der Privat-Frau Franz Schwoigert Witwe Luise geb. Hörtz in Baden das Aufgebot des abhanden gekommenen Hypothekenbriefs vom 12. März 1908 über die im Grundbuch von Baden Bd. 5 Heft 45 Abt. III Nr. 19 zugunsten von L. August Schwoigert in Baden, 2. Charly (Karl) Dienhart, früher in Lichtental, jetzt an unbekanntem Orten, auf das Grundstück Lg. Nr.

2136 der Gemarkung Baden eingetragene Kaufschillingshypothek von 5000 Mark nebst Zinsen beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Freitag, den 9. März 1923, vormittags 10 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht — Zimmer Nr. 17 — anberaumten Aufgebots-termin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird. **Baden, 17. Nov. 1922.**
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

§. 817. Breiten. In dem Kontus über das Vermögen des Kaufmanns Willy Neffe aus Berlin findet die Schlussverteilung statt. Dazu sind 166 370,23 M. verfügbar, wovon auf die früher nicht berücksichtigten Gläubiger vorweg 7 239,50 Mark entfallen. Zu berücksichtigten sind Forderungen zum Betrage von Mark 1 322 308,56, davon 700 Mark bevorrechtigt.

Das Schlussverteilungsamt liegt auf der Gerichtsschreibererei des Amtsgerichts Breiten zur Einsicht auf. **Breiten, 18. Nov. 1922.**
Der Kontusverwalter:
Steilberger,
Rechtsanwalt.

§. 820. Karlsruhe. Im Kontus gegen Handels-gesellschaft für Lebensbedürfnisse G. m. b. H. in

Karlsruhe ist nachträglich der Prüfungstermin vor dem Amtsgericht A 9 bestimmt auf 6. Dezember 1922, vorm. 11 Uhr. **Karlsruhe, 15. Nov. 1922.**
Gerichtsschreiber.

Jagd-Verpachtung.

Bad. Forstamt Durlach verpachtet am Dienstag, den 5. Dezember 1. J., vorm. 10 Uhr, im Gasthaus zur Blume in Durlach die Ausübung des Jagdrechts in den Staatswaldbezirk III Rittner u. IV Hundstangen mit 268 Hektar Wald u. 3 Hektar Feld auf den Gemarkungen Rittner, Durlach, Berghausen, Söllingen u. Kleinsteinbach, Dienstbezirk des Forstbesizers Bauer in Berghausen vom 1. Febr. 1923 an auf 6 Jahre. Die Pachtbedingungen liegen auf dem Forstamt auf.

Güterverkehr der bad.-schweiz. Hebergänge mit der Schweiz.

Für Karloffeln, frische Zwetschen und Pfäfen, frische Trauben, Obstweine und Obstmost, frische Äpfel und Birnen, sämtlich schweizerischer Herkunft, sind in den Gütertarifen Basel Bad. Pf. Schweiz u. Waldshut usw. — Schweiz vorübergehende Frachtermäßigungen eingetretten. Näheres in unserem Tarifangeiger. **Karlsruhe, 18. Nov. 1922**
Reichsbahnverwaltung.